

Greenpeace-Studie: Klimakrise und gekürzte Entwicklungsgelder verschärfen Fluchtursachen

Zahl der durch Naturkatastrophen vertriebenen Menschen steigt deutlich

Hamburg, 19. 6. 2026 – Die Zahl der durch Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse vertriebenen Menschen ist im vergangenen Jahr deutlich auf 13,6 Millionen gestiegen (2024: 9,9 Mio.). Das geht aus einem neuen Greenpeace-Report hervor ([LINK](#)). Der Report der Universität Hamburg im Auftrag von Greenpeace untersucht weiter, wie Kriege und deutliche Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit und hohe Preise für fossile Energie und Kunstdünger die Vertreibungskrise im Globalen Süden verstärken. Das weltweite Budget für Entwicklung und humanitäre Hilfe wurde 2025 um fast ein Viertel auf 175 Milliarden US-Dollar zusammengestrichen, verglichen mit 2024. All dies führte mit dazu, dass im vergangenen Jahr weltweit 82,2 Millionen Menschen vertrieben wurden. Die Ursachen dafür haben sich zuletzt verschoben. Immer mehr Menschen fliehen vor Naturkatastrophen. Im vergangenen Jahr stieg ihre Zahl auf 13,6 Millionen, nach 9,9 Millionen im Jahr 2024.

"„Die Folgen der maßgeblich von den Industriestaaten verursachten Klimakrise vertreiben immer mehr Menschen in den Regionen, die diese Krise am wenigsten verursacht haben. Während Familien im Globalen Süden ihre Heimat durch Klimakatastrophen verlieren, kürzen wohlhabende Nationen die Hilfsgelder. Diese humanitäre Krise muss enden. Die Industriestaaten müssen schneller vorankommen beim Senken ihrer Emissionen und sie müssen den am härtesten betroffenen Ländern dabei helfen, sich an die Folgen der Klimakrise anzupassen."

Fawad Durrani, Migrationsexperte von Greenpeace

Klimakrise und gekürzte Entwicklungszusammenarbeit verschärfen Notstand

Der Report vertieft die Auswirkungen von Klimakrise und sinkender Entwicklungszusammenarbeit auf Vertreibung in zwei Fallbeispielen. In Afghanistan etwa bedrohen abschmelzende Gletscher im Himalaya die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewässerung der Landwirtschaft. Auf extreme Dürren folgen katastrophale Sturzfluten. In der Folge sind Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Kabul droht als erste Großstadt weltweit das Trinkwasser zu verlieren.

In kaum einem Land wie der Demokratischen Republik Kongo (DRK), dem zweiten Fallbeispiel, wurden US-amerikanische Entwicklungsmittel stärker gestrichen. Flossen im Fiskaljahr 2024 noch 1,4 Mrd. US-Dollar in die DRK, waren es im Fiskaljahr 2026 nur noch 21 Mio. Dollar. In einer vielbeachteten Studie hat ein internationales Forschungsteam den Effekt der plötzlichen Streichung auf die Entstehung von Konflikten untersucht. Das Ergebnis zeigt: Die relative Wahrscheinlichkeit für Konflikte stieg signifikant.

Über Greenpeace e.V.

Greenpeace arbeitet international, setzt sich mit direkten, gewaltfreien Aktionen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Natur und Gerechtigkeit für alle Lebewesen ein.

Das verwendete Bildmaterial steht 14 Tage nach Veröffentlichung zum Download für Medien zur Verfügung. Lieferbedingungen: keine Weitergabe an Dritte, kein Weiterverkauf, keine Archivierung, nur für redaktionelle Zwecke, Quellenangabe obligatorisch.

Kontaktdaten

Björn Jettka

Pressesprecher Atomkraft, Fischsterben,
Schattenflotte, PFAS

bjoern.jettka@greenpeace.org

[0171-8780778](tel:0171-8780778)

Fawad Durrani

Referent für Klima und Migration

fawad.durrani@greenpeace.org

[0171-6035530](tel:0171-6035530)

Link kopieren

<https://presseportal.greenpeace.de/267270-greenpeace-studie-klimakrise-und-gekürzte-entwicklungsgelder-verscharfen-fluchtursachen/>